

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

Franz Georg Meier  
Dir., Schw.Landesbibl.,  
Haltwylstrasse 15  
3003 Bern

Bundesstaatsverwaltung

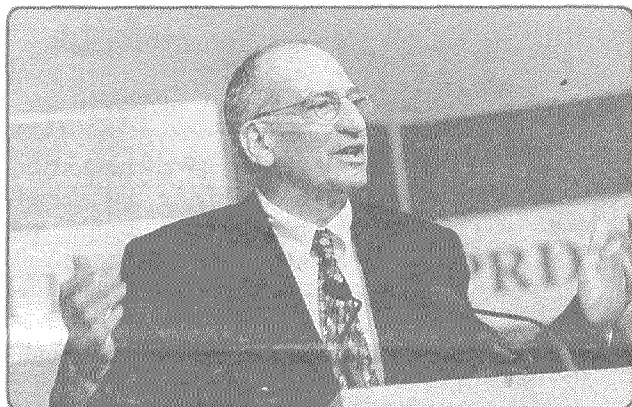
003

002

BRIG ◉ Delegiertenversammlung FDP Schweiz

## «Unsere Politik an die Front tragen»

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 23./24. April 1999 in Brig hat fünf Parolen zu den Abstimmungen vom 13. Juni 1999 beschlossen: Ja zu beiden Asylvorlagen, Nein zur Mutterschaftsversicherung, Ja zur ärztlichen Heroinabgabe an Schwerst- und Stimm-süchtige und Stimm-freigabe zur IV-Revision. Weiter diskutierten die Delegierten das Positionspapier «Grundsätze einer umfassenden Sicherheitspolitik».



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin konnte über sinkende Arbeitslosenraten berichten. (Bild ruti)

sovo aus. Die Rückkehr soll aber rechtzeitig vorbereitet werden. Bundesrat Pascal Couchepin schätzte, dass die Arbeitslosenrate im April auf unter drei Prozent sinken dürfte – das wäre europäischer Tiefststand und ein positives Signal für mehr Arbeit in der Schweiz.

Die FDP-Delegierten lehnten die Mutterschaftsversicherungsvorlage, wie sie am 13. Juni zur Abstimmung kommt, mit 85 zu 73 Stimmen ab. An einer Arena-Diskussion unter Leitung von Radiomann Ruedi Helfer beteiligten sich Ständerätin Françoise Saudan (GE) und die Nationalrätinnen Christiane Langenberger (VD) und Lili Nabholz (ZH) (alle pro) sowie Ständerätin Christine Beerli, Nationalrätin Christine Egerszegi (AG) und Gewerbeverbanddirektor Pierre Triponez (alle contra). Bemängelt

wurden insbesondere die Grundbeiträge auch für nichterwerbstätige Frauen und die vorgesehene Finanzierung. Unbestritten blieb, dass noch Lücken bei der Absicherung des Erwerbsausfalls bestehen.

### Ja zu den Asylvorlagen

FDP-Nationalrat Rudolf Steiner (SO) votierte für ein Ja zu den beiden Asylvorlagen. Die Vorlagen lägen richtig im Spannungsfeld humanitäre Tradition und Bekämpfung des Asylmissbrauchs. Christian Levrat, Leiter Rechtsdienst bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH), wandte sich insbesondere gegen die sogenannte «Papierlosen»-Regelung. Die Delegierten beschlossen mit 100 zu 8 Stimmen die Ja-Parole.

Der FDP-Delegiertenrat hat der ärztlichen Heroinabgabe an Schwerststüchtige

### FDP SCHWEIZ

#### Inhalt

- Die freisinnige Position in der Sicherheitspolitik auf Seite **5**
- Die Rede des Parteipräsidenten Franz Steinegger ab Seite **6**
- Die Tagung zu Problemen des unselbständigen Mittelstands auf Seite **14**
- Die Auflösung des letzten «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite **17**



### Parolen FDP Schweiz

- JA** zum Asylgesetz
- JA** zu den dringlichen Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich
- JA** zur ärztlichen Verschreibung von Heroin
- Stimmfreigabe** zur Änderung der Invalidenversicherung
- NEIN** zur Mutterschaftsversicherung

mit 28 zu 3 Stimmen zugestimmt. FDP-Nationalrat Yves Guisan (VD) sagte, dass der Bundesbeschluss einen Kurswechsel der Drogenpolitik in Richtung Strafflosigkeit des Drogenkonsums bedeuten könnte. FDP-Nationalrat Daniel Vogel (NE) verteidigte die bundesrätliche Drogenpolitik. Dazu gehöre als ein Pfeiler auch diese Therapie-

form. Die geplante Abschaffung der Viertelsrente im Rahmen der Revision der Invalidenversicherung (IV) stiess auf Widerstand. FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin (BL) trat für eine Zustimmung ein. Der Delegiertenrat entschied sich auf Grund der umstrittenen Einsparungen mit 15 zu 12 Stimmen für eine Stimmfreigabe.

GUS. Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger forderte die Delegierten auf, die Parteipositionen klarer und aggressiver zu vertreten. Der Kurs dürfe jetzt nicht verändert werden, die klaren Unterschiede zu den andern Parteien seien aufzuzeigen. Die FDP müsse mehr Engagement zeigen und ihre Politik an die Front tragen, damit sich der Populismus nicht breitmachen könne.

### Ablehnung dieser Mutterschaftsversicherung

Bundesrat Kaspar Villiger sprach sich vor den Delegierten für eine vorübergehende Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ko-

KOSOVO-KRISE ◊ Halberungsinitiative zurückziehen

# Die Realität hat die Sicherheitspolitik der SP eingeholt

**SP-Präsidentin Ursula Koch hat in einem Gastkommentar den Einsatz von Bodentruppen zur Bekämpfung der serbischen Aggression in Kosovo gefordert. Trotz allen inzwischen erfolgten Dementis und Ausflüchten bleibt das sicherheitspolitische Dilemma der SP: Mit der Realität konfrontiert, wird der radikale Abrüstungspazifismus unglaubwürdig, selbst für die eigene Klientel. Faktisch muss die SP heute eine starke Armee und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik befürworten. Wenn die SP konsequent sein will, muss sie jetzt die unnötige und überholte Halberungsinitiative zurückziehen.**



**FDP-Nationalrat Karl Tschuppert: «Wenn die SP konsequent sein will, muss sie die unnötige und überholte Halberungsinitiative zurückziehen.»**

diese Position schlecht mit den sicherheitspolitischen Stellungnahmen der SP der letzten Jahre. Der Bundesrat hat kürzlich seine Botschaft zur SP-Initiative «Sparen bei Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)» veröffentlicht. Er lehnt die überholte und unnötige Initiative richtigerweise ohne Gegenvorschlag ab.

## **Zeitpunkt für Rückzug der Initiative ist gekommen**

Das schweizerische Verteidigungsbudget ist in den letzten Jahren – auch ohne Halberungsinitiative – massiv zusammengestrichen

Druck der realen Ereignisse – bei einigen führenden SP-Exponenten ist damit auch der Zeitpunkt gekommen, zu dem man konsequenterweise die chancenlose Halberungsinitiative zurückziehen muss. Eine Haltung, die eine starke Armee nur von andern Staaten verlangt und jene zum Bodentruppeneinsatz auffordert, wäre wohl der Gipfel der Heuchelei.

Die Waffenexportverbots-Initiative aus denselben Kreisen wurde vor knapp zwei Jahren von Volk und Ständen mit über drei Vierteln Nein-Anteil massiv verworfen. Ein ähnliches Schicksal und eine ähnliche Niederlage droht der SP auch diesmal. Wenn sogar Teile der eigenen Klientel indirekt eine starke Armee befürworten müssen – und sie tun dies gegenwärtig – wird diese Niederlage um so klarer ausfallen.

## **ZUM THEMA**

.....  
*Im Vergleich zum Gesamtbudget des Bundes wurden die Verteidigungsausgaben geradezu marginalisiert.*

.....  
*Eine solche moderne Sicherheitspolitik benötigt aber auch entsprechende Mittel.*

.....  
*Eine Haltung, die eine starke Armee nur von andern Staaten verlangt und jene zum Bodentruppeneinsatz auffordert, wäre wohl der Gipfel der Heuchelei.*

**Aus «Unsere Schweiz 1999–2007»:**

**Die Schweiz verfügt über eine moderne, mobile Milizarmee.**

IM GESPRÄCH  Maja Lalive d'Epina

# Liberales Urgestein

## WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

- Wer nichts wagt, gewinnt nichts.
- Das Leben als Chance und faszinierendes Abenteuer begreifen.
- Etwas gestalten.

## WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Dass wir Menschen lernen, unsere Konflikte im Gespräch auszutragen und aus Problemen win-win-Situationen zu machen.

## WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

- Menschen wie Milosevic.
- Dass wir den Erfindungsgeist und die Neugier des Menschen in Reglementen ersticken.

## ZUR PERSON

Als berufstätige Frau bin ich stark in der Wirtschaft verankert.

Mein politisches Schwerpunktthema ist die Standort- und Wettbewerbspolitik. Konkret heisst das: Wir müssen unsere staatlichen Ausgaben entscheidend kürzen, die Steuerquote grundsätzlich senken, uns für ein effizientes Sozialsystem, das die Eigenverantwortung stärkt, einsetzen, Reglementierungen und administrative Hemmnisse abbauen, den Wettbewerb in allen Märkten (Liberalisierung) fördern und ein leistungsorientiertes, qualitativ hoch-



Maja Lalive d'Epina: Freude daran, in einem engagierten Umfeld Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.

## WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHEN HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Die wichtigste: Die Sprache. Worte schaffen Wirklichkeit. Die Kommunikation, die Auseinandersetzung, der Austausch – sie sind die Grundlage von Beziehungen: privat, in der Geschäftswelt und zwischen Staaten.

Die entbehrlichste: «Fehler» oder «Fehlentwicklungen» sind da, um daraus zu lernen. Deshalb gibt es für mich keine «entbehrlichste» Erfindung.

## WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

- Die Bilderbuchschweiz: Seen, Berge, Wiesen, Wälder, Sonne – Landschaft pur.

stehendes Bildungs- und Forschungswesen von höchstem internationalem Standard aufbauen.

**Alter:** 42 Jahre

## Berufliche Stationen:

Lic. Phil. I. Freischaffende Journalistin. Kommunikationsberaterin in einer renommierten Schweizer Public-Relations-Agentur. Mitglied der Direktion Schweizerischer Bankverein Zürich. Mitglied der Direktion Landis & Gyr Management AG. Geschäftsführende Partnerin einer internationalen Corporate-Identity-Firma. Mitinhaberin einer Unternehmensberatungsfirma

für Strategie und Kommunikation.

## Politischer Werdegang:

Vor 30: Parteiarbeit auf allen Stufen und in zahlreichen Gremien. Vorstandsmitglied auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Zwischen 30 und 40: Das berufliche Engagement mit internationaler Ausrichtung und damit verbundenen Wohnortwechseln steht im Vordergrund. Nach 40: Nationalratskandidatin.

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Keine oder alle. Hauptsache, ich mache es gerne und es macht Spass.

■ Die Freiheit des Denkens, unsere Demokratie, mit all ihren Stärken und Schwächen – trotz allem.

■ Unser – vergleichsweise – gutes Arbeitsklima.

## WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

■ Die Reglementierung, der Drang, alles einzuordnen, zu bestimmen, zu kontrollieren.

■ Die mangelnde Toleranz gegenüber Fehlern, vordergründigem Misserfolg.

■ Die mangelnde Fähigkeit, Visionen zu leben und umzusetzen.

■ Mutlosigkeit da und dort.

## WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

In die Schweiz.

## MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH. TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Nein; Minderheiten initiieren vielleicht, bilden Avantgarden; aber für echte nachhaltige Veränderung braucht es Mehrheiten.

## WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Ehrlichkeit, Kompetenz, Unabhängigkeit, Berechenbarkeit/Klarheit.

## WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Einerseits, weil die FDP am ehesten von den verschiedenen Bundesratsparteien das ursprüngliche liberale Gedankengut Freiheit, Unabhängigkeit, Toleranz, Eigenverantwortung, Gemeinsinn, Wettbewerb verkörpert, andererseits aus Tradition. Meine Familie war schon in der FDP aktiv.

## WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Stärken:

■ Ihre grundsätzliche Offenheit, die sich nicht vor Konflikten drückt.

■ Ihre freiheitliche Grundhaltung, die ermöglichen, nicht verhindern soll.

Schwächen:

■ Ihre liberale Zurückhaltung, die sie manchmal daran hindert, auch auf den Tisch zu klopfen, Klartext zu sprechen oder sich eindeutig abzugrenzen.

## WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Schwäche:

■ Ungeduld

Stärke:

■ Ehrlichkeit/Klarheit

■ Ausdauer

■ Entscheidungs- und Durchsetzungskraft

■ Kommunikation

## WENN SIE NOCH WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

■ Ingenieurin (Bestehendes neu betrachten, anwenden, zusammenfügen und damit die Probleme unserer Zeit lösen helfen. Dem Ingenieur – gekoppelt mit einem gesunden betriebs- und volkswirtschaftlichen sowie sozialen Verständnis – gehört die Zukunft.)

■ Schauspielerin (Das Rollenspiel befähigt einen, im Zeitraffer verschiedenste Leben und Schicksale zu erfahren.)

## WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Aus Zeitgründen habe ich ehrlich gesagt nicht einmal das Filmprogramm angeschaut.

## WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Piccard – ein Grenzüberrinder in vielen Dimensionen.

## Was geht mich die Bundesverfassung an?

Zwar zu spät für die Abstimmung vom 18. April, aber nichtsdestotrotz hochaktuell erschien dieser Tage ein gut aufgemachtes, spannendes, einfach zugängliches Buch zur neuen Bundesverfassung.

Wenn die Verfassung uns alle angeht, dann sollte sie auch von allen verstanden werden. Hier setzen die beiden Autoren an. Anhand von Beispielen aus dem Alltag zeigen sie auf, was das neue Grundgesetz bringt: Was sagt die neue Bundesverfassung zum Streikrecht? Zu Menschenwürde? Und wie steht's um die Rechtsgleichheit? Welchen Status haben hier Behinderte oder gleichgeschlechtliche Paare?

Das Buch lässt die Leserinnen und Leser teilnehmen am verschlungenen Vernehmlassungsparcours. Spannend wie in der

«Arena» prallen die Meinungen prominenter Politiker aufeinander. Originaldokumente, reiches Bildmaterial und der enge Zug zum täglichen Leben veranschaulichen das Funktionieren des Bundesstaates und machen selbst aus politüberdrüssigen LeserInnen lauter kleine «Filippos».

Zudem bietet das Buch eine ideale Grundlage für die Vermittlung von Basiskenntnissen für den Geschichts-, Wirtschafts- und Staatskundeunterricht.

Walter Frey / Alfred Kuert: Wir sind souverän. Was geht mich die Bundesverfassung an? Orell-Füssli-Verlag, Zürich 1999. 104 Seiten, Fr. 24.–. ISBN 3 280 02746 2.

WALTER FREY ALFRED KUERT

WIR SIND SOUVERÄN  
WAS GEHT MICH DIE BUNDESVERFASSUNG AN?



Orell Füssli

BERN • Tagung vom 17. April 1999

## Gegen die Gewalt an den Schulen

**Die FDP setzt sich für ein im weltweiten Vergleich erstklassiges Bildungssystem ein. Zu den Voraussetzungen eines guten Schulklimas gehört die möglichst weit gehende Gewaltfreiheit. An einer Tagung der FDP Schweiz in Bern wurden Methoden und Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt und zu einer besseren Integrationswirkung der Schule mit Experten diskutiert.**

GUS. Die FDP beurteilt Investitionen ins Schulwesen als Zukunftsinvestitionen. In einem Staat, dessen Arbeitsplätze in zunehmender Masse von der Qualifikation der Menschen abhängen, müssen für die Ausbildungsprozesse bestmögliche Voraussetzungen geschaffen werden. Zu diesen Voraussetzungen gehört auch ein möglichst gewaltfreies Schulklima. Diese Gewaltfreiheit ist vielerorts heute nicht mehr gewährleistet. An einer Tagung «Schulen Schweiz: wie der Gewalt begegnen?» hat die FDP Schweiz eine Diskussion mit verschiedenen Experten geführt: Mario Annoni, Regierungsrat des Kantons Bern, Ueli Leuenberger, albanische Volksuniversität, Allan Guggenbühl, Institut für Konfliktmanagement, Constantin Franziskakis, Reintegration ehemaliger Straftäter, Peter Gutzwiller, Direktor des Schulpsychologendienstes BS, und Vertreter der Realschule Bürgli St. Gallen. Die Tagung wurde geleitet von Frau Nationalrätin Christiane Langenberger.

### Lehren statt betreuen

«Lehren statt betreuen»: An der Tagung wurde klar, dass der Kern der Bemühungen in dieser Richtung liegen muss. Leh-

rerinnen und Lehrer müssen sich wieder auf ihre Kernaufgabe besinnen können, damit das Bildungssystem bei den Schülerinnen und Schülern die Arbeitsmarkt- und Lebensfähigkeit optimal fördern kann. Dazu muss die Rollenverteilung und Abgrenzung der Aufgaben zwischen den Eltern und den Schulen neu definiert werden. Um dem Gewaltphänomen Herr zu werden, ist die Etablierung einer neuen Schulkultur notwendig. Eltern, Lehrer und Schüler sind durch die Einführung oder Wiedereinführung bestimmter Normen und Verhaltensweisen in eine solche neue Schulkultur einzubinden. In der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte ist dem Umgang mit Eltern, mit gewalttätigen Jugendlichen und mit ausländischen Familien ein grösserer Stellenwert zu geben. Nur so kann es gelingen, dass sich die Schule wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren kann, ohne eine dauernd wachsende, teure professionelle Unterstützung zu benötigen.

Die FDP wird die Ergebnisse der Tagung detailliert analysieren und für ihre weitere bildungspolitische Arbeit die entsprechenden Schlüsse ziehen.



**Sorgentelefon  
für Kinder**

**0800 55 42 10**

weiss Rat und hilft.

**Helfen Sie mit.**

20 Jahre

Sorgentelefon GmbH  
3426 Aeßlingen, PC 34-4900-5

BRIG  Neue Sicherheitspolitik

# Politik vorausschauender Sicherheitsvorsorge

Die FDP will ihre Grundvorstellungen im Bereich der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts durchsetzen. Im Sinne des bundesrätlichen Mottos «Sicherheit durch Kooperation» und des Berichts SIPO 2000 der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik tragen diese Grundvorstellungen den wichtigsten Veränderungen der internationalen sicherheitspolitischen Lage und zukünftigen Herausforderungen Rechnung, fordern jedoch konsequenterweise ein noch bestimmteres – auch politisches – Engagement unserer diversen sicherheitsrelevanten Instrumente.

■ Abbau sozialer Gegensätze

■ Schutz natürlicher Lebensgrundlagen

Zusammen mit den Zielsetzungen verändert sich die Wahl der Mittel. War früher eine eigenständige Armee das zentrale und unilaterale Instrument zur Gewährleistung von Sicherheit, so tre-

ten heute multilaterale und nichtmilitärische Elemente hinzu. So beispielsweise die Europäische Union (EU), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Vereinten Nationen (Uno), die Westeuropäische Union (WEU) oder das Nordatlantische Bündnis (Nato).

Durch Mitgliedschaft in oder zumindest sehr enge Anlehnung an diese Organisationen kann die Schweiz ihre Ziele und Eigeninteressen optimieren. Eine solche Annäherung unternimmt die Schweiz somit im eigenen Interesse, sie ermöglicht unserem Land gleichzeitig aber auch einen gesteigerten Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen und zur Friedensförderung. Früher erfüllte die bewaffnete Neutralität allein diesen Zweck. Heute nicht mehr – erlebte und erlebt die Neutralitätspolitik doch einen substantiellen Bedeutungswandel.

## Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit verwischen sich

Die Unterscheidung zwischen innerer und äusserer Sicherheit verliert zunehmend an Bedeutung. Mit der Schaffung einer für die nachrichtentechnische Gesamtsicht verantwortlichen «Lenkungsgruppe Sicherheit», der vermehrten Mitarbeit bei Bestrebungen multilateraler Gremien und der Anlehnung an die eben entstehende kollektive innere Sicherheit in Europa trägt die Schweiz diesem Umstand Rechnung. ■



FDP-Ständerat Fritz Schiesser stellt an der Delegiertenversammlung in Brig die FDP-Positionen in der Sicherheitspolitik (Bild ruti) vor.

## Schweizerische Eigeninteressen optimieren

Heute strebt die Schweiz nach fünf verschiedenen aussenpolitischen Zielen, wobei «die Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden» an erster Stelle steht:

■ Sicherheit und Frieden

■ Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat

■ Wohlfahrt

FDP Schweizerische Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts ist eine Politik vorausschauender, ganzheitlich angelegter und multilateral vernetzter Sicherheitsvorsorge. Ihr Resultat ist die politische und wenn nötig auch militärische Mitgestaltung des Friedens im nahen und erweiterten Umfeld der Schweiz. Dialog, Kooperation und Verteidigungsbereitschaft sind dafür die entscheidenden Mittel.

## Die sicherheitspolitischen Postulate der FDP

■ Leitsatz: Eine ganzheitliche innere und äussere Sicherheitspolitik durch Kooperation und verstärktes Engagement vor Ort

■ Die FDP fordert eine deutlich stärkere internationale Kooperation der Schweiz im sicherheitspolitischen Bereich

■ Die FDP will, dass die Schweiz ihren sicherheitspolitischen Beitrag ausgeprägter als bisher vor Ort leistet

■ Zur Erreichung der sicherheitspolitischen Ziele tritt die FDP für eine Mitgliedschaft der Schweiz in der Uno ein. Die Mitgliedschaft in anderen multilateralen Organisationen wie der Nato ist eine Frage künftiger Lagebeurteilungen und muss offen diskutiert werden

■ Die FDP fordert eine möglichst umfassende Partizipation der Schweiz an der entstehenden kollektiven inneren Sicher-

heit in Europa

■ Die Schweiz bleibt neutral, konzentriert sich jedoch auf den Kernbereich des Neutralitätsrechts

■ Die FDP fordert die Beibehaltung einer tiefgreifend modifizierten Miliz bei gleichzeitiger Verstärkung der professionellen Komponente unserer Streitkräfte

■ Die FDP fordert, dass der inneren Sicherheit besondere Beachtung geschenkt wird

■ Die FDP unterstützt die Schaffung einer zentralen «Lenkungsgruppe Sicherheit» unter Leitung eines Bundesrates

■ Die FDP fordert den Ausbau bzw. die Einrichtung zentraler Informationssysteme zur Verbrechensbekämpfung

■ Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Konfliktforschung und am internationalen Krisenmanagement

## Talon



JA, ich möchte das vollständige Positionspapier «Grundsätze der Sicherheitspolitik» bestellen. Ich hätte gerne ... Exemplare an folgende Adresse:

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Das Positionspapier «Grundsätze einer umfassenden Sicherheitspolitik» ist auf dem Internet unter [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) abrufbar.

Bitte senden/faxen Sie diesen Talon an: FDP Schweiz, Positionspapier Sicherheit, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

ORDENTLICHE DV  Brig

# «Ein grösserer und mutigerer Einsatz von uns allen ist notwendig»

**Der «Freisinn» veröffentlicht im folgenden die Rede des Parteipräsidenten anlässlich der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 24. April 1999 in Brig.**

VON FDP-PRÄSIDENT  
NATIONALRAT  
FRANZ STEINEGGER,  
FLÜELN (UR)

Brig hat es in sich. Mein erster Auftritt an einer Delegiertenversammlung fand in Brig statt. An Ostern 1993 hatte ich, von Zermatt kommend, gerade Brig passiert, als ein Briger mit seiner Partei Bundesrat Villiger «ins Zuchthaus bringen» wollte. Es ging damals um angeblich ungerechtfertigte Vorauszahlungen für die F-A-18-Beschaffung. Nicht nur wegen des veränderten Personaletats der SP durchfahre ich Brig ohne traumatische Erinnerungen. Ob mir das in Zukunft für die Fahrt nach Zürich oder Luzern ebenfalls möglich sein wird, wird der Herbst zeigen. Ich bin auf jeden Fall froh, dass uns die Tessiner Radikalen Aufhellungen und sogar Sonnenschein geliefert haben. Ich danke den über 55 000 Zürcherinnen und Zürchern, den 39 000 Tessinerinnen und Tessinern und den 28 000 Luzernerinnen und Luzernern für ihre Unterstützung.

Ich danke aber auch allen Kadern und Helfern für ihre Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes.

## Im Bund herrscht Budgetdisziplin

Als Partei und vor allem als Regierungspartei muss man

sich immer wieder fragen, ob man die bei den Wahlen und zwischen den Wahlen gegebenen Versprechungen auch erfüllt. Dies soll man auch anlässlich der Zwischenprüfungen, wie es kantonale Wahlen sind, tun.

Wir haben zugesagt, zusammen mit Bundesrat Villiger die Bundesfinanzen in Ordnung zu bringen. Im Bund herrscht Budgetdisziplin. Das Haushaltsziel 2001 ist von Volk und Ständen trotz lauer Unterstützung durch die SVP angenommen worden. Das Stabilisierungsprogramm 1998 hat die Hürde des Parlamentes genommen. Es ist zu hoffen, dass die Politik gegenwärtig mit so vielen Geschäften belastet ist, dass keine Lust für ein Referendum entsteht. Es besteht somit die berechnete Aussicht, dass wir den Bundeshaushalt im Jahre 2001 in Ordnung haben werden.

Wir sagten zu, wir würden den Bundesrat bei den bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union bei der harten Interessenvertretung unterstützen und die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss dieses Vertrages schaffen. Als EWR-Befürworter waren die bilateralen Verhandlungen nicht unser Königsweg zur Regelung unseres Verhältnisses mit der Europäischen Union. Die bilateralen Verhandlungen sind die Alternative der EWR-Gegner, vor allem der SVP. Mit dem EWR hätten wir die 28-Tonnen-Begrenzung für Lastwagen bis ins Jahr 2005 gesichert gehabt. Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen hat die Europäi-

sche Union eine Regelung der 40-Tonnen-Frage angelehrt. Ohne Lösung dieses Problems gab es kein Landverkehrsabkommen und damit auch keinen bilateralen Vertrag. Mit der LSVA haben wir eine Lösung gefunden, um einerseits den Alpenschutzartikel in der neuen und alten Bundesverfassung zu respektieren und andererseits die Frage der 40-Tonnen-Begrenzung lösen zu können.

## Aufhellung am Arbeitsmarkt

Wir haben zugesagt, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so zu verbessern, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die wichtigsten, stark regulierten Bereiche wie Landwirtschaft, Telefon, Post und SBB haben eine Deregulierung erfahren. Viele kartelloide Verhältnisse sind beseitigt worden. Wegen der Anstrengungen zur Sanierung des Bundeshaushaltes sind die Investoren überzeugt, dass die Eidgenossenschaft dereinst zur Schuldentilgung nicht

die Steuern erhöhen oder Inflation veranstalten muss. Dank der Annahme der LSVA und der FinöV-Vorlage wissen die Wirtschaftsakteure, dass in der Schweiz Investitionen in Milliardenhöhe durchgeführt werden. Während es in Deutschland nicht gelungen ist, das Unternehmungssteuerrecht zu verbessern, konnte in der Schweiz eine Reform durchgeführt werden, welche zu einer Entlastung geführt hat und vor allem den Standort Schweiz für Holdinggesellschaften wieder attraktiv gemacht hat. Die Flexibilität des Arbeitsmarktes ist erhalten geblieben und sogar leicht erhöht worden. Dies waren die massgebenden Beiträge des Staates, damit die Arbeitslosenquote seit dem 4. Quartal 1997 von 5,7 auf heute 3,1 Prozent gesunken ist. Um dies zu erreichen, mussten auch die vulgär-keynesianistischen Vorstellungen der SP mit Umverteilung und staatlicher Nachfragepolitik bekämpft werden.

Wir sagten zu, die offene Drogenszene zu beseitigen

und bei der Bekämpfung des Drogenelends voranzukommen. Während die Zahl der Drogentoten in den angrenzenden Ländern gestiegen ist, ist diese Zahl zwischen 1992 und 1998 in der Schweiz von 419 auf 209 gesunken.

## Zum Selbstschutz bewaffnet

Wir sagten zu, entschlossen gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorzugehen. Dank freisinnigen Initiativen sind in vielen Kantonen Konzepte für die Verbesserung der inneren Sicherheit erarbeitet und auch durchgesetzt worden.

Wir sagten ferner zu, die Asylpolitik zu reformieren. Wir werden heute über das revidierte Asylrecht zu befinden haben. Unser Positionspapier zur Asylpolitik ist von der Delegiertenversammlung am 9. Januar 1999 verabschiedet worden. Gleichzeitig haben wir uns engagiert für eine Asylausserpolitik eingesetzt, um mit Massnahmen vor dem Zustrom von Flüchtlingen zu reduzieren. Trotz heftiger Kritik leistet heute auch unsere Armee einen wichtigen Beitrag. Diese Aktion von Armee, Katastrophenhilfskorps und weiteren Organisationen findet unsere volle Unterstützung. Dass die Armeemitglieder ihre Arbeit im Auftrage des UNHCR mit Zustimmung der dortigen Regierung zum Selbstschutz bewaffnet ausführen, ist nach unserer Auffassung richtig. Unsere Hilfe dient nicht dazu, dass die Hilfsgüter von Banden gestohlen werden können oder unsere ei-



FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger: «Wir müssen mutig vorangehen, ein grösseres Engagement entwickeln, die Leute überzeugen und unsere Offerten und Versprechungen einhalten.» (Bild ruti)

genen Leute gefährdet werden.

### Das Perpetuum mobile der SVP

Vergleichen wir unsere Schweiz mit der Schweiz, wenn die Rezepte anderer Parteien die Mehrheit gefunden hätten. In der SP-Schweiz wären die Schulden rasant angestiegen, wir hätten in der Genforschung ein Technologieverbot, unsere Armee könnte keine Hilfe für die Kosovo-Flüchtlinge leisten, und es wäre viel soziales Manna beschlossen worden, das schliesslich aber wegen fehlender Finanzen nicht heruntergeregnet wäre.

In der SVP-Schweiz wären die Finanzen nicht saniert, man würde Schulden für Steuerprivilegien machen. Die Verhandlungen mit der EU wären abgebrochen, und eine Alternative für verstopfte Strassen wäre nicht in Sicht.

Wir erfüllen unsere Versprechungen nicht nur in Bereichen, die im Rampenlicht stehen. Wir tun dies auch in anderen Gebieten.

Natürlich machen wir auch Fehler, sind gelegentlich naiv und können nicht so virtuos das Perpetuum mobile bedienen wie beispielsweise die SVP.

Hier wird von Spitzenleuten bei den Grossbanken der Shareholder value eingefordert. Dies ist nicht zu beanstanden. Dies führt aber zu einer neuen Kreditpolitik mit risikogerechten Zinsen für die KMU. Heilung erwarten aber viele Unternehmer von den Urhebern dieser neuen Herausforderung.

Man fordert Deregulierung. Die grösste Deregulierungsbaustelle ist die Landwirtschaft. Wenn sich am Milchpreis etwas bewegt, werden unsere Repräsentanten Delamuraz, Couchepin, Burger usw. landauf, landab verschrien. Viele erwarten Sicherheit bei den Urhebern.

Man brockt uns die bilateralen Verhandlungen ein, ist dann gegen die LSVA und holt die Enttäuschten ab.

Man profiliert sich gegen den Asylmissbrauch, ist aber nicht bereit, vor Ort dafür zu sorgen, dass möglichst wenige Flüchtlinge in die Schweiz kommen.

Diese Bauernschläue ist nicht verboten. Ich erwähne es nur, damit Sie diese Zusammenhänge transparent machen können.

### Offerte an die Stimmbürger

Veränderung ist das Produkt von harter Arbeit und Initiative. Es ist aber auch ein scharfer Grat zwischen der Politik des Machbaren und dem politischen Selbstmord. Reformen und Veränderungen sind ein Produkt echten Engagements, kombiniert mit Ideen, Wertvorstellungen und strategischen Visionen. Nach der Diskussion über strategische Visionen anlässlich der Delegiertenversammlung in Neuenburg sind wir nun herausgefordert, unsere Offerte gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für die nächsten vier Jahre zu erarbeiten und vorzustellen. Ich brauche hier nicht unsere Wertvorstellungen und grundsätzlichen Ideen nochmals zu erläutern. Hingegen ist eine Bemerkung zum politischen Orientierungssystem notwendig.

Wir sind zunächst überzeugt, dass die Antwort in der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchphase eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen sein muss. Wenn das Exportland Schweiz, rohstoffarm und mit Binnenlage, seinen Wohlstand erhalten und ausbauen will, müssen wir uns an die global veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Der Status quo würde in die Dritte Welt führen. Es stellt sich die Frage, welche Politik diesen massiven Veränderungen gewachsen ist.

### Achtung: Strategische Falle

Für uns hat das Rechts-Links-Schema nach wie vor Bedeutung. Vor allem bei Verteilproblemen und bei der Frage der Rolle des Staates hat diese Achse grosse Bedeutung. Ich tue unserer Partei keine Gewalt an, wenn ich sie in diesen Bereichen Mitte-Rechts sehe.

Wir sind uns aber gleichzeitig bewusst, dass der Sozialismus als ökonomische Theorie gescheitert ist und sich heute die Frage stellt, welchen Kapitalismus wir haben wollen.

Kann man aber die Europapolitik auf dieser Orientierungsachse einordnen? Tut man dies, gerät man in eine strategische Falle. Dann ist nämlich für ge-

wisse Exponenten ein EWR-Befürworter ein Linksextremer. Oder wie sieht diese Orientierungsachse aus, wenn sich in Zürich die Linksextremen und die SVP gegen die Reduktion der Seniorenrabatte beim Tram starkmachen oder wenn linke Sozialdemokraten und der SVP-Präsident die NATO-Aktion im Kosovo kritisieren oder wenn Nationalrat Chiffelle, SP, und Nationalrat Schlüer, SVP, gemeinsam die nachgeführte Bundesverfassung bekämpfen oder wenn die SP und die SVP unserer Armee bei Auslandseinsätzen, die sich mit der Neutralität vertragen, keinen Selbstschutz gewähren wollen? Wenn man die Rechts-Links-Achse nicht als unendlich lange Linie begreifen will, die sich irgendwo trifft, dann geht es doch hier eher um die Frage, ob man bereit ist, sich den Anforderungen zu stellen, oder ob man Status quo und Weiter so ruft.

### Vorwärtsmarschieren

Dass es gewissen Veteranen der alten Lageordnung und der SVP nicht passt, wenn ihre politischen Positionen auch auf dieser Orientierungslinie abgeklopft werden, vermag nicht zu erstaunen. Wenn aber sogar eine seriöse und sonst kluge Zeitung sich den heutigen politischen Realitäten verschliesst, ist dies erstaunlich. Und wenn eigene Repräsentanten lieber am Wettjodeln mit dem einigen Text «Nein» teilnehmen möchten, dann ist dies schon eher parteischädigend.

Wir sind der Meinung, dass es viele Politikbereiche gibt, z.B. Sozialpolitik, bei welchen das Weiter so oder der Status quo an die Wand führt, bei welchen es auch nicht einfach einen Marsch zurück gibt, bei welchen man aber zur Lagebeurteilung einen Schritt zurück gehen muss, um dann in ei-

ner veränderten Richtung vorwärtszumarschieren. Das ist unsere Politik.

### Botschaft zu wenig an die Front getragen

Wenn Sie erwartet haben, dass ich mich in einer langen Rede direkt mit dem vergangenen Wahlwochenende in drei Kantonen auseinandersetzen würde, werde ich Sie enttäuschen. Natürlich haben wir eine erste Lagebeurteilung durchgeführt. Wir wollen auch mit den betroffenen Kantonalparteien eine detaillierte Klärung durchführen. Es lag mir daran, unsere Positionen nochmals zu verdeutlichen und von den Erfolgen zu reden, statt zu jammern.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Botschaften zu wenig an die Front getragen worden sind. Und macht dort die Politik Pause, füllt sie sich mit Populismus. Ein grösserer und mutigerer Einsatz von uns allen ist notwendig.

Wir empfinden die Erfahrungen des letzten Wochenendes als Ansporn, unsere Anstrengungen zu intensivieren. Wir werden weiterhin die Werte des Anstandes vertreten. Wir sind uns im klaren darüber, dass wir beispielsweise unsere Kompetenz im Kampf gegen Kriminalität und gesellschaftsschädigendes Verhalten stärken müssen. Wir wollen aber prioritär die Menschen zu guten und sinnvollen Entscheidungen ermutigen, sei es für ihre persönlichen Belange oder für ihren Umgang mit anderen.

Wir bauen an einer besseren Schweiz. Da hilft kein Jammern, wenn Anstrengungen nicht sofort honoriert werden. Es hilft auch keine Fixierung auf politische Konkurrenten. Wir müssen mutig vorangehen, ein grösseres Engagement entwickeln, die Leute überzeugen und unsere Offerten und Versprechungen einhalten.



Beim Aperitif im Hof des Stockalperpalastes in Brig: Die beiden FDP-Bundesräte Pascal Couchepin und Kaspar Villiger sowie Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger. (Bild ruti)

## STANDPUNKT

## Weiterhin ohne Handstand



Der Publikumsrat DRS schlägt dem Schweizer Fernsehen

DRS vor, die Berichterstattung über eigenössische Parlamentssessionen mit Sondersendungen auszubauen und das Geschehen unter der Bundeshauskuppel in den tagesaktuellen Sendungen besser zu berücksichtigen. Im weiteren wäre es wünschens-

wert, die vom Parlament behandelten Sachgeschäfte stärker ins Programm zu integrieren und den «Bernert Hof» während der Sessionen wöchentlich ausstrahlen. Diese Sendung habe sich «als frisches, abwechslungsreiches und teilweise sogar unterhaltsames Politmagazin profiliert».

An diesen Empfehlungen ist zunächst bemerkenswert, dass sie sich

nicht etwa an private kommerzielle Fernsehstationen richten, sondern an die angeblich so sehr dem «Service public» verpflichtete SRG.

Zu diesem Bekenntnis, das neuerdings grossartig «Idée suisse» heisst, würde nämlich traditionsgemäss eine parlamentarische Berichterstattung gehören, die keine Wünsche unerfüllt lässt. Diese Einschätzung teilt der Publikumsrat nicht. Nach seiner Meinung bestehen beim «Service public» Lücken, die mit der millionenteuren Neufir-

mierung als «Idée suisse» nicht geschlossen werden können.

Dass die Mahnung zum Tatbeweis von einem SRG-internen und folglich unanfechtbaren Kontrollgremium kommt, ist ebenfalls bemerkenswert.

Der dritte bemerkenswerte Umstand steckt im Lob auf den «Bernert Hof», der als «frisch, abwechslungsreich und teilweise sogar unterhaltsam» beurteilt wird. Vielleicht haben die das Publikum vertretenden Damen und Herren auch gedacht, die Politse-ndung sei kompetent, informativ und meinungsbildend. Jedoch gesagt haben sie es nicht.

Auf der Zunge lag ihnen nur der beifällige Hinweis auf die Tugenden des Infotainments: frisch muss es sein, knackig, abwechslungsreich und vergnüglich. Unter diesen Bedingungen gebührt auch der Politik ein prominenter Bildschirmplatz – wie den Schlagersternchen, Zirkusartisten und Talkmastern.

Und wenn die Politik trocken bei der Sache bleibt, sich zäh durch die artikelweise Beratung eines Gesetzes müht und detailbesessen über Vorstösse debattiert? Also nichts anderes tut, als einen «Service public» zu erbringen und an der «Idée suisse» zu arbeiten?

Dann wird die SRG als wahre Treuhänderin des «Service public» und der «Idée suisse» eben die Augen verdrehen und die Nase

rümpfen: ein bisschen sauglalt sollte der Parlamentsbetrieb schon sein, damit er auch jenen gefällt, die keine «Arena» verpassen, aber jeden Urnengang.

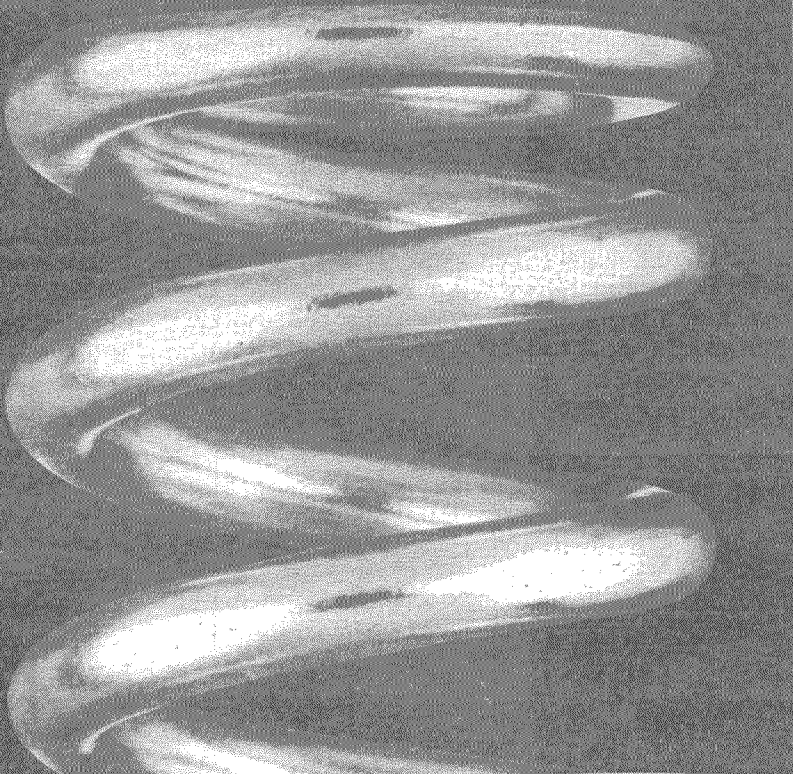
Da werden es die vermehrten Sonderreportagen, wie es sich der Publikumsrat vorstellt, schwer haben. Spannende Bundesratswahlen, «frisch, abwechslungsreich und unterhaltsam», sind selten. Dem parlamentarischen Alltag fehlt die telegene Erotik. Die Kameras zerren nichts Knackiges ans Licht – höchstens Ratsmitglieder mit Egotrip ans Mikrofon.

Der Publikumsrat muss sich entscheiden, was er will: mehr helvetische Politik und weniger Einschaltquoten oder ein Parlament, das sich den Regeln des Fernsehens anpasst wie der Sport und die Vergnügungsbranche.

Womöglich ist der Entscheid bereits gefallen: sich mit einem bald vergessenen Vorschlag bei Bundesrat und Parlament im Hinblick auf die Gebührenerhöhung einschmeicheln zu wollen. Die Gefahr, dass unsere eidgenössischen Politikerinnen und Politiker künftig im Handstand singend und jodelnd beraten müssen, darf als gering bezeichnet werden.

*Alex Bänninger,  
Publizist,  
Präsident des  
Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

# FEDER FÜHREND



BAUMANN FEDERN AG

Postfach  
CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

BAUMANN

**FDP auf Internet**

Besuchen Sie uns  
auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:  
E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
<http://www.fdp.ch>



# D Basler Bebbi wetten uff Bärn!

Sollen die kommenden Nationalratswahlen für die FDP zu einem Erfolg werden, muss bis dahin viel geschehen. Ein unentschlüsselter Mittekurs führt wohl nicht zu diesem Ziel. Es braucht eine Rückbesinnung auf die liberalen Werte, den Mut, kontroverse Entscheide zu treffen und sich bei «heissen» Themen klar zu positionieren. Die konservativen Programme zur Linken und Rechten werden unweigerlich in die Sackgasse führen. Wir wollen aber nach vorn! Die Vision Schweiz 2007 ist ein Wegweiser, der in die richtige

Richtung zeigt; hin zu einer starken Schweiz, welche fit für die Zukunft ist.

Hat man sich bisher vorwiegend am Ausbau der Luftschutzbunker und an der Subventionierung des Emmentalerüberschusses orientiert, muss die internationale Attraktivität der Schweiz, das Masshalten beim Staatshaushalt und die erstklassige Ausbildung der Jugend fortan im Zentrum stehen.

Von dieser Grundhaltung zeugt auch unsere Initiative zur Liberalisierung der Ladenschlusszeiten, welche demnächst eingereicht wird. Die konservati-

ven Strukturen aufzubrechen und dabei die Werte zu bewahren ist unser Credo.

Einen weiteren Schritt in dieselbe Richtung stellt unsere Nationalratsliste dar. Ziel ist für uns, neue Wählersegmente ansprechen; dazu gehören die Erstwähler und generell die Gruppe der unter 30jährigen, die sich bislang von der bürgerlichen Politik nicht sehr angesprochen fühlten.



Das Nationalratskandidatenteam der Jungfreisinnigen Basel-Stadt und unser «Senior partner» Johannes R. Randegger, Nationalrat der Basler FDP.

## 6. SOMMERUNIVERSITÄT FDP/JFS in Neuenburg

# Politprominenz im Gespräch mit Jugendlichen

Die FDP Schweiz organisiert auch dieses Jahr zusammen mit den Jungfreisinnigen der Schweiz (JFS) die beliebte Sommeruniversität. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Gesprächspartner FDP-Stände- und Nationalräte zur Verfügung. Verschiedene hochkarätige FDP-Persönlichkeiten werden sich bereit erklären, dieses Jahr den Jungen Red und Antwort zu stehen. Die Brücke zwischen den Jugendlichen und den sonst nur aus den Medien bekannten Politikern und Politikerinnen wird bestimmt schnell geschlagen.

VON STEFAN FRITSCHI,  
MITORGANISATOR  
SOMMERUNIVERSITÄT,  
FRITSCHI@BIGFOOT.COM

Es stehen auch Medientrainings auf dem Programm. Erfahrene Journalisten und Medienschaffende werden die Jugendlichen im Umgang mit Zeitung, Radio und Fernsehen schulen. Trotz dem intensiven Kursprogramm wird genügend Zeit vorhanden sein, um Neuenburg zu erkunden oder Sport zu betreiben. Die Seminarräume befinden sich in der Universität Neuenburg und stossen direkt an den Neuenburgersee. Die Unterkunft ist in der «Cité universitaire», wo alle ein Einzelzimmer haben.

Diese exklusive Ausbildungswoche findet vom 23.

bis 27. August statt. Der Unkostenbeitrag für die ganze Woche beträgt dank grosszügigen Sponsorbeiträgen nur 200 Franken. Die Sommeruniversität steht allen politisch interessierten Jugendlichen (keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen 18 und 32 Jahren offen.

Es dürfen sich auch Teilnehmer und Teilnehmerinnen früherer Sommeruniversitäten anmelden. Die Diskussionen und Gespräche finden in zwei Gruppen auf Französisch und Deutsch statt.

Telefonische Auskünfte bei:  
Stefan Costa  
Organisator Sommeruniversität  
Tel. (031) 320 35 20  
Fax (031) 320 35 00  
E-Mail: costa@fdp-prd.ch

## Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die 6. FDP/JFS-Sommeruniversität vom 23. bis 27. August 1999.

Die Kosten betragen Fr. 200.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_

Sprache:  Französisch  Deutsch

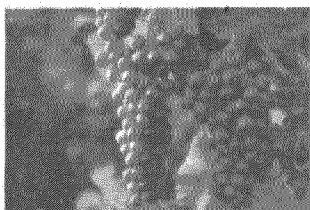
Coupon bis spätestens 15. Juli 1999 einsenden an:  
FDP Schweiz, Herrn Stefan Costa, Postfach 6136,  
3001 Bern, Tel. (031) 320 35 20, Fax (031) 320 35 00,  
E-Mail: costa@fdp-prd.ch

# Genussvolles Piemont und Tenda-Bahn

vom 25.-29. August 1999

## Leserreise FDP

Das Piemont ist bekannt für Spitzenweine und eine Küche mit zahlreichen Spezialitäten. Dazu eine liebliche Landschaft mit rebenbestandenen



Hügeln und kleinen Dörfern. Zusätzlich erwartet Sie die Tenda-Bahn von Cuneo nach Ventimiglia, welche für ihre spektakuläre Linienführung bekannt ist. Geniessen Sie auf unserer Reise einige Spätsommertage in dieser traumhaften Gegend, und lassen Sie sich kulinarisch verwöhnen.

## Unser Reiseprogramm

### 1. Tag – Mittwoch, 25. August 1999

Gemütliche Busfahrt Richtung Genfersee und durch das Wallis und den Grossen St. Bernhard nach Italien. Freie Mittagspause und kurzer Bummel durch die malerische Innenstadt von Aosta. Am Nachmittag Weiterfahrt nach Alba, dem Herzen des Piemonts. Bezug Ihres Hotels und Abendessen.

### 2. Tag – Donnerstag, 26. August 1999

Nach dem Frühstück erleben Sie einen Rundgang durch Alba, die Stadt ist reich an Türmen, Kirchen und mittelalterlichen Häusern. Anschliessend Busfahrt nach Cuneo und weiter mit der legendären Tenda-Bahn auf einer der schönsten Bahnstrecken in Europa nach Ventimiglia. Die spektakuläre Linienführung über hohe Viadukte und durch unzählige Tunnel wird Sie begeistern. Am Nachmittag gemütliche Rückfahrt von der italienischen Riviera ins Piemont. Am Abend erwartet Sie ein Degustationsessen in einem Spezialitätenrestaurant.

### 3. Tag – Freitag, 27. August 1999

Heute erwartet Sie ein Ausflug nach Turin, der Stadt der Arkaden. Die schöne Barockstadt fasziniert durch ihre breiten Strassen, riesigen Plätze, historischen Bauten, gemütlichen Cafés und gediegenen Geschäfte. Geführte Stadtrundfahrt und genügend Zeit

zur freien Verfügung. Gemeinsames Mittagessen in der Altstadt. Im Verlaufe des Nachmittages Rückkehr an Ihren Aufenthaltsort.

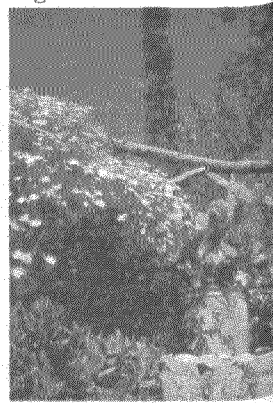
### 4. Tag – Samstag, 28. August 1999

Am Vormittag Gelegenheit zum Besuch des Marktes in Alba. Gegen Mittag Fahrt in die berühmten Weindörfer Barbaresco und Neive und Besuch eines Weingutes. Weiter gelangen Sie am Nachmittag nach Grinzane Cavour und besuchen das Schloss mit einem Völkerkundemuseum und einer der ältesten Önotheken des Piemonts. Ebenfalls werden hier jeweils die Versammlungen des Ordens der «Ritter des Trüffels und der Albeser Weine» abgehalten. Am Abend Fahrt nach Barolo und La Morra. Degustationsabendessen in einem Spezialitätenrestaurant.



### 5. Tag – Sonntag, 29. August 1999

Nach dem Frühstück Fahrt in die mittelalterliche Stadt Vercelli mit der grossartigen, viertürmigen, gotischen Kirche Sant'Andrea und dem Dom, in dessen Bibliothek kostbare Handschriften zu sehen sind. Anschliessend Fahrt via Mailand ins Tessin und durch den Gotthardtunnel zurück zu den Ausgangspunkten der Reise.



Programm- und Zeitänderungen vorbehalten!

## Einsteigeorte

Zürich – Olten – Bern

## Ihr Hotel

Das \*\*\*\*Hotel «I Castelli» befindet sich in der Altstadt von Alba, 800 Meter vom Dom entfernt. Das neugebaute Hotel verfügt über Zimmer mit Dusche/WC, Telefon, Fön und Safe. Das Restaurant «La Castellana» ist bekannt für seine Spezialitäten.

## Unsere Leistungen

1. Fahrt im Komfort-Reisebus mit Toilette
2. Bahnbillett 2. Klasse zum Buseinsteigeort
3. Bahnfahrt Cuneo – Ventimiglia in 1. Klasse
4. **Unterkunft im \*\*\*\*Hotel «I Castelli» in Alba**
5. Willkommensgetränk
6. Frühstücksbuffet
7. **Halbpension:**  
1 Abendessen im Hotel  
2 Degustationsabendessen in Spezialitätenrestaurants  
1 Mittagessen in Turin
8. alle Ausflüge gemäss Programm
9. alle Eintritte zu den erwähnten Ausflügen
10. Besuch eines Weingutes inkl. Degustation
11. lokale, deutschsprachige Reiseleitung in Turin
12. geriberz-Reiseleitung
13. ausführliche Reisedokumentation

Preis für unsere Leistungen pro Person im Doppelzimmer

sFr. 1090.-

## Zuschläge

Einzelzimmer

sFr. 170.-

Annullierungs- und

Extra-Rückreiseversicherung

sFr. 30.-

Der Preis basiert auf einer Minimumteilnehmerzahl von 25 Personen.

Diese FDP-Leserreise wird organisiert durch die Spezialreise-Abteilung der geriberz reisen ag, Etzelstrasse 15, 5430 Wettingen, Telefon (056) 426 15 51, Fax (056) 427 02 16.

## Anmeldetalon

Ich/wir reserviere/n ... (Anzahl Plätze) auf der FDP-Leserreise Piemont

Name/Vorname 1:

Name/Vorname 2:

Strasse:

Strasse:

PLZ/Ort:

PLZ/Ort:

Telefon Privat:

Telefon Geschäft:

Gewünschter Einsteigeort:

Zürich

Olten

Bern

Doppelzimmer

Einzelzimmer

Ich/wir verzichte/n auf die Annullierungs- und Extra-Rückreiseversicherung. Ich bin / wir sind versichert bei: .....

Bitte einsenden an: geriberz reisen ag, Spezialreise-Abteilung

Etzelstrasse 15, 5430 Wettingen

Telefon (056) 426 15 51, Fax (056) 427 02 16

E-Mail: geriberz@compuserve.com

**geriberz**  
Ihr Feriengestalter.





# Länder Städte Völker

Ohne Stress und ohne Hektik, aber mit perfekter Organisation,  
zeigen wir Ihnen die schönsten Ecken der Welt.

- Im geriberz-Katalog  
Länder Städte Völker 1999 finden Sie:
- geführte Rundreisen in Europa  
per Bahn, Bus oder Flugzeug
  - geführte Rundreisen in Übersee
  - Festspielreisen
  - beschauliche Flussfahrten
  - und vieles mehr

Jetzt bestellen!  
Telefon 056 427 01 01

**geriberz**  
Ihr Feriengestalter.

## Bestelltalon

Bitte senden Sie mir gratis und unverbindlich den geriberz-Katalog  
Länder Städte Völker 1999

Name  Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Geburtsdatum  Telefon

Einsenden an: geriberz reisen ag, Etzelstrasse 15  
Postfach, 5430 Wettingen  
Telefon 056 427 01 01, Fax 056 427 28 83  
E-Mail: [geriberz@compuserve.com](mailto:geriberz@compuserve.com)

REISEGARANTIE



# Die Frauen der FDP auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

## Grosser Festanlass und Wahlkampfauftakt

### WANN:

Samstag, den 26. Juni 1999,  
Zeitrahmen ca. 10.30–15.30 Uhr

### Wo:

Im neuen Kultur- und Kongresszentrum in Luzern  
(ist allein schon eine Reise wert)

### TEILNEHMERINNEN:

Alle National- und Ständerätinnen, alle Regierungsrätinnen, Bundesrichterin und Generalsekretärin der Bundesversammlung, alle Mandatsträgerinnen auf kantonaler und kommunaler Ebene, alle Kandidatinnen für die Parlamentswahlen am 24. Oktober 1999, alle Frauen in der FDP sowie Sympathisantinnen ... kurz: ein Grossaufmarsch.

### DABEISEIN IST EIN MUST.

### PROGRAMM:

u. a. Ansprache von Frau Nationalratspräsidentin Trix Heberlein, Statements der Fraktionspräsidentin Ständerätin Christine Beerli und von Mandatsträgerinnen und solchen, die es werden wollen, aus allen Landesteilen

### Musik:

Frauen spielen Musik von Frauen:  
Klaviertrio von Fanny Mendelssohn

### Tanz:

Future dance Team

### Imbiss:

hoffentlich auf der Terrasse des KKL

### Gastreferentin:

Khalida Messaoudi, Algerien,  
Trägerin des Friedenspreises  
der Liberalen Internationalen 1998

Und weitere Events, die wir noch nicht verraten.

### ZIEL:

Solidarität zeigen, feiern, den Wahlkampf aufnehmen, mindestens 1000 Teilnehmerinnen

Aufgabe an alle: Termin reservieren und blockiert lassen. Frauen mobilisieren.

Schweizer Ärzte  
in Afrika –  
helfen Sie mit!

# SOLIDAR MED

SolidarMed: Schweiz.  
Organisation für die  
medizinische Zusammenarbeit  
mit Afrika, gegründet 1926  
☎ ZEWÖ-angemerkt



- Entsendet Schweizer Ärztinnen und Ärzte sowie andere Fachleute nach Afrika, um **Landspitäler** medizinisch, technisch und betriebswirtschaftlich zu unterstützen.
- Hilft der armen Bevölkerung in ländlichen Gebieten von Lesotho, Zimbabwe, Moçambique und Tanzania durch Unterstützung beim Aufbau der **Basis-Gesundheitsversorgung**.
- Baut keine teuren Zusatz-Organisationen auf, sondern arbeitet in den bestehenden lokalen Institutionen mit – im Sinn der Nachhaltigkeit und der **Hilfe zur Selbsthilfe**.
- Führt Projekte im Auftrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft aus – ein Beweis für die **Seriosität, Kompetenz und Erfahrung** von SolidarMed.

Weitere Informationen sind  
bei der Geschäftsstelle erhältlich:  
Telefon 041-360 66 67, 6000 Luzern 12  
<http://www.medicusmundi.ch/solidar.htm>

Jeder Beitrag ist willkommen:  
Postkonto 60-1433-9  
Herzlichen Dank!

deutsch

français

# www.fdp.ch

willkommen  
willkommen

## Besuchen Sie

## unsere neue

bei der Freisinnig-Demokratischen Partei

ou Parti Radical-Démocratique

# FDP homepage! RD

ABSTIMMUNG 13. JUNI 1999  Zur Mutterschaftsversicherung

# Eine dornenvolle Vorlage

Die Mutterschaftsversicherung ist für mich eine ausgesprochen dornenvolle Vorlage. Ich empfinde es als fragwürdig und wenig weit-sichtig, im Wissen um die finanzielle Lage unserer Sozialwerke und ohne vorheriges Erarbeiten eines Gesamtkonzeptes eine 11. Sozialversicherung einzuführen.

VON FDP-STÄNDERÄTIN  
CHRISTINE BEERLI,  
BIEL (BE)

Wenn ich mich trotzdem immer wieder – in der vorberatenden Kommission und im Ständerat – für eine schlanke, transparente und finanziell tragbare Mutterschaftsversicherung eingesetzt habe, dann aus folgenden Gründen:

■ Der Mutterschaftsschutz ist in der Schweiz im Vergleich zum umliegenden Ausland sehr gering ausgebaut, und wir haben seit über 50 Jahren eine Bestimmung in der Verfassung, die uns zum Handeln auffordert.

■ Im Bereiche des Lohnersatzes während des Mutterschaftsurlaubes gibt es in der Tat stossende Ungerechtigkeiten. Ich empfinde es als nicht richtig, wenn z.B. die Verkäuferinnen im Grossverteilern, die sicher nicht zu den bestbezahlten Frauen gehören, nach Berner oder Zürcher Skala – je nach Dauer ihres Anstellungsverhältnisses – während vier, fünf oder sechs Wochen Lohnersatz erhalten, während die städtische, kantonale oder eidgenössische Beamtin schon heute einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen geniessen.

■ Ich empfinde es ebenfalls als nicht richtig, wenn die Wäscherei, das Coiffeur-gewerbe oder die Arztpraxen – alles Bereiche, in denen

viele Frauen beschäftigt sind – alleine für die Bezahlung der Prämien der Lohnausfallversicherung für Mutterschaft aufzukommen haben, während sie gleichzeitig (natürlich mit den bei ihnen beschäftigten Frauen) über die Erwerbsersatzordnung auch die Lohnausfälle der Männer während des Militärdienstes in den männerbeherrschten Branchen mitfinanzieren.

## Nicht tragbare Art der Finanzierung

Es wäre angezeigt gewesen, diese Ungerechtigkeiten mit einer einheitlichen Erwerbsausfallversicherung zu beseitigen. Eine solche, rein die Arbeit betreffende Versicherung hätte – eine Studie des Arbeitgeberverbandes hat es aufgezeigt – die Wirtschaft insgesamt nicht stärker belastet als heute, die Belastung wäre einzig gleichmässig über alle Branchen verteilt worden.

In der parlamentarischen Beratung ist die Mutterschaftsversicherung einerseits durch an alle Frauen – ob erwerbstätig oder nicht – auszubezahlende Grundbeiträge angereichert worden, und andererseits wurde die Finanzierung in einer für mich nicht tragbaren Weise geregelt.

## Verwischung Bedarfs- und Versicherungssystem

Wieso bin ich gegen die Grundbeiträge, die – bei er-



FDP-Ständerätin Fraktionspräsidentin Christine Beerli: «Ich bin heute nicht in der Lage, ein Ja zu dieser Vorlage in die Urne zu legen.» (Photo ruti)

werbstätigen Frauen kumulativ zum Lohnausfall – an alle Frauen mit weniger als einem Familieneinkommen von Fr. 71 640.– auszurichten sind?

■ Nicht weil ich die Arbeit der Einzelunternehmerin Familienfrau geringschätze. Im Gegenteil: sie ist mir mit der Ausbezahlung von höchstens dem vierfachen Mindestbetrag der AHV (Fr. 3980.–) zu billig abgegolten. Diese Grundbeiträge sind keine Honorierung der Mutterschaft, die ja über Jahre dauert, sondern sie stellen eine Geburtsprämie dar, und damit habe ich als liberaler Mensch grosse Mühe.

■ Der Gedanke der Honorierung der Mutterschaft wird zudem auch nicht konsequent durchgezogen, da einige Mütter mit einem Familieneinkommen bis zu Fr. 35 820.– im Jahr einen vollen und solche bis zu einem Familieneinkommen von Fr. 71 640.– im Jahr noch einen stufenweise herabgesetzten Grundbeitrag erhalten.

■ Mit der Mutterschaftsversicherung soll eine neue Sozialversicherung eingeführt werden. Eine Versicherung ersetzt einen Schaden. Dieser Schaden ist der durch den Mutterschaftsurlaub erlittene Erwerbsausfall. Er soll ersetzt werden. Die Grundbeiträge sind dem System einer Versicherung fremd. Daraus entsteht eine ganze Reihe grosser praktischer Schwierigkeiten. Mit der Einführung der Grundbeiträge wird das Versicherungssystem mit dem Bedarfssystem im selben Gesetz vermischt, ein Vorgang, der tunlichst vermieden werden sollte.

■ Bedarfsleistungen können viel einfacher, direkter und kostengünstiger durch die Kantone ausbezahlt werden. 10 Kantone kennen bereits heute entsprechende Auszahlungen an Mütter.

■ Ich bin zudem sehr enttäuscht über die im Gesetz verankerte Finanzierung der neu einzuführenden Mutterschaftsversicherung. Es wird bestimmt, die Leistungen würden vorerst aus

dem Fonds der Erwerbsersatzordnung finanziert, und wenn dieser dann unter eine halbe Jahresausgabe falle, sei auf die Mehrwertsteuer zurückzugreifen. Eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer wird jedoch nur möglich, wenn das Volk in einem späteren Zeitpunkt einer entsprechenden Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zustimmt. Sollte keine Zustimmung zu einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes erfolgen, so kann der Bundesrat – dies wird im Gesetz über die Mutterschaftsversicherung festgehalten – zur Finanzierung der Leistungen die Lohnprozente der Erwerbsersatzordnung erhöhen.

Obschon ich immer für die Realisierung einer vernünftigen Mutterschaftsversicherung eingetreten bin, bin ich heute nicht in der Lage, ein Ja zu dieser Vorlage in die Urne zu legen. Ich bin froh darüber, dass es zu einer Abstimmung kommt, und gespannt darauf, wie das Volk entscheiden wird. ■

BERN  Tagung am 12. Juni 1999

# Freisinnig und angestellt

**Der Mittelstand ist eine unbekannte Grösse. Jedes Anliegen, das in der Schweiz diskutiert wird, ist ein Mittelstandsanliegen. Alle Interessengruppierungen sprechen im Namen des Mittelstandes – auch wenn die Forderungen dieser Gruppen gegensätzlich sind. Die Tagung hat zum Ziel, für die FDP Schweiz eine klare Positionierung vorzunehmen. Wer gehört zum Mittelstand, welches sind die Interessen des Mittelstandes, und – als wichtigste Frage – ist die FDP eine Mittelstandspartei? 76% aller Werk tätigen in der Schweiz sind Angestellte. Der Rest sind Kaderangestellte, Selbständigerwerbende und Gewerbetreibende. An dieser Tagung geht es um die Angestellten und um ihre Interessen aus freisinniger Sicht.**

Teilnehmen können alle FDP-Mitglieder und Sympathisanten, die sich für die Anliegen des unselbständigen Mittelstandes einsetzen und innerhalb der FDP vertreten wollen. In den verschiedenen sachpolitisch relevanten Bereichen sollen Thesen formuliert und in die Entscheidungsgremien von Partei und Fraktion hineingetragen werden. ■

## Gruppengespräche

1. *Die Altersvorsorge der Angestellten in der Zukunft*  
AHV, BVG und 3. Säule
2. *Die Schweiz und Europa – flankierende Massnahmen im Arbeitsmarkt*  
Sicherheit der Arbeitsplätze, Lohn- und Preisdruck, Personenfreizügigkeit als Herausforderung
3. *Arbeitszeit, Arbeitszeitmodelle, flexible Arbeitszeiten – die Bedürfnisse der Angestellten*
4. *Nur wer sich bildet und weiterbildet hat auf dem Arbeitsmarkt eine Chance*  
Bildung, Weiterbildung und Ausbildung in der Zukunft
5. *Die Zukunft der öffentlichen Dienste*  
Privatisierung, Lohngestaltung, öffentliche Haushalte und Beamte, New Public Management
6. *Sozialpartnerschaft und Gesamtarbeitsverträge in der Zukunft*  
Was bedeutet Sozialpartnerschaft, Inhalt der Gesamtarbeitsverträge, gewählte Personalvertretungen, Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Jede Gruppe wird von einem Parlamentarier moderiert und von Experten begleitet.

### PROGRAMM

## Angestellte des Mittelstandes

**Ort:** Bern (Hotel Bern), Zeughausgasse 9

**Datum:** Samstag, 12. Juni 1999

**Zeit:** 9.30 – ca. 16.00 Uhr

9.30 Uhr	Begrüssung durch NR Franz Steinegger
9.45 Uhr	Einführungsreferat Hans Furer, Präsident des Verbandes Schweizerischer Angestelltenorganisationen (VSA): «Die Angestellten – Rückgrat in unserer Gesellschaft in Wirtschaft und Politik»
10.05 Uhr	Referat von Bundesrat Pascal Couchepin
10.20 Uhr	Pause
10.35–12.00 Uhr	1. Gruppengespräch
12.00–13.15 Uhr	Mittagessen
13.15–14.15 Uhr	2. Gruppengespräch
14.15–14.30 Uhr	Pause
14.30 Uhr	Präsentation der Gruppenergebnisse in Form von Thesen
15.00 Uhr	Round-Table-Gespräch
16.00 Uhr	Schluss der Tagung

## Talon

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der Angestelltentagung vom 12. 6. 1999 teil.

Name und Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich möchte an folgenden Gruppengesprächen teilnehmen (Jeder Teilnehmer kann an 2 verschiedenen Gesprächen teilnehmen. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, mindestens 4 Prioritäten anzukreuzen.):

- |                          |          |       |           |
|--------------------------|----------|-------|-----------|
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 1 | ..... | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 2 | ..... | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 3 | ..... | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 4 | ..... | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 5 | ..... | Priorität |
| <input type="checkbox"/> | Gruppe 6 | ..... | Priorität |

Die Teilnahmegebühr beläuft sich auf Fr. 40.– (inkl. Lunch, Mineralwasser und Kaffee).

Letzter Anmeldetermin: 7. Juni 1999

Da die Platzzahl beschränkt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt.

Wir bitten Sie, den Talon an folgende Adresse zu retournieren:  
FDP Schweiz, Tagung Mittelstand, Postfach 6136, 3001 Bern;  
Fax (031) 320 35 00; E-Mail: gs@fdp.ch

ABSTIMMUNG 13. JUNI 1999 ◊ Ja zu den Asylvorlagen

# Dem Missbrauch des Gastrechts entgegentreten

Das heutige Asylgesetz ist 20 Jahre alt. Auch wenn es sich bewährt hat, muss es den gewandelten Verhältnissen angepasst werden. Wer in der Schweiz Schutz vor Verfolgung sucht, soll diesen weiterhin erhalten. Dem Missbrauch des Gastrechts muss aber entschieden entgegentreten werden.

VON FDP-NATIONALRAT  
RUDOLF STEINER,  
LOSTORF (SO)

In den vergangenen Jahren kamen immer mehr schutzsuchende Menschen auf der Flucht vor Krieg oder Bürgerkrieg zu uns. Das revidierte Asylgesetz ermöglicht nun, diese Menschen unbürokratisch vorübergehend aufzunehmen. Sie müssen aber zurückkehren, sobald sich die Lage im Heimatland normalisiert. Andere Bestimmungen, z.B. im Fürsorgebereich, tragen dazu bei, die Kosten im Asylwesen zu senken.

## Dringliche Massnahmen gegen Missbräuche

Wer keine Ausweispapiere abgibt, die Behörden über seine Identität täuscht oder erst nach längerem illegalem Aufenthalt in der Schweiz ein Asylgesuch einreicht, soll nur beschränkt Anspruch auf ein ordentliches Asylverfahren haben. Das Parlament hat diese Missbrauchsbestimmungen als dringlichen Bundesbeschluss auf den 1. Juli 1998 in Kraft gesetzt.

Gegen beide Vorlagen haben verschiedene Komitees das Referendum ergriffen. Sie behaupten u. a., die neuen Vorschriften zur Missbrauchsbekämpfung könnten auch echte Flücht-

linge treffen, und das neue Asylrecht sei auch viel zu restriktiv und rechtsstaatlich bedenklich. Bedenken, die nach der Meinung von Bundesrat und Parlament nicht begründet sind:

## Gewährung vorübergehenden Schutzes

Die umfassende Neuregelung des Schutzes für Kriegsvertriebene ist ein Kernstück der Vorlage. Kriegsvertriebene erfüllen die Kriterien, um als Flüchtlinge anerkannt zu werden, meist nicht. Dennoch brauchen sie unseren Schutz. Die Neuregelung basiert auf den folgenden Elementen:

- Der Bundesrat trifft von Fall zu Fall den Grundsatzentscheid, ob und wievielen Personen aus einem Krisengebiet vorübergehend Schutz gewährt wird.
- Diese Schutzbedürftigen werden ohne aufwendige Einzelverfahren in der Schweiz aufgenommen, wodurch die Verfahrenskosten reduziert werden.
- Ziel ist nicht der dauernde Verbleib dieser Schutzbedürftigen in der Schweiz, sondern ihre Rückkehr in den Heimat- oder Herkunftsstaat, sobald dies die Lage zulässt.

Zur Erleichterung der Rückkehr sowie zur Wiedereingliederung von Asyl- und Schutzsuchenden im



FDP-Nationalrat Rudolf Steiner: «Die neuen Regelungen stehen in vollem Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz.» (Photo express)

Heimatland kann der Bund Projekte im In- und Ausland finanzieren.

## Straffung der Asylverfahren

- Die Pflicht der Asylsuchenden zur Mitwirkung beim Asylverfahren wird erweitert.
- Der Fristenstillstand über die Ferien- und Feiertage, der die Verfahren oft verlängert, wird für das Asylverfahren aufgehoben.
- Neu geregelt wird auch das Asylverfahren am Flughafen. Es werden klare Behandlungsfristen gesetzt und der Rechtsweg festgelegt.
- Schliesslich werden frauenspezifische Anliegen und die besonderen Bedürfnisse unbegleiteter Minderjähriger besser berücksichtigt.

## Ausrichtung von Fürsorgeleistungen

- Wie für Asylsuchende kann der Bund den Kantonen auch für anerkannte Flüchtlinge die Fürsorgekosten pauschal abgelden.
- Für die Flüchtlingsfürsorge sind neu die Kantone

und nicht mehr die Hilfswerke zuständig. Diese können aber ihr Fachwissen im Rahmen von Integrations- und Rückkehrprojekten weiterhin einsetzen.

## Schutz und Bearbeitung von Personendaten

Auch im Asylbereich gilt der Datenschutz. Neue klare Bestimmungen ermöglichen die Führung elektronischer Register und legen die Grundsätze für den Datenaustausch mit anderen Behörden fest.

Der Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich, der in das neue Gesetz integriert ist, umfasst die folgenden wesentlichen Missbrauchsbestimmungen:

- Verweigerung eines umfassenden Asylverfahrens. Ein umfassendes Asylverfahren wird bei missbräuchlichem Verhalten verweigert. Betroffen sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und mit einem Asylgesuch einzig ihre drohende Wegweisung hinauszögern wollen, oder Personen, die bei der Einreichung des Gesuchs keine Ausweispapiere abgeben. In solchen Fällen wird auf das Asylgesuch nur eingetreten, wenn Hinweise auf eine Verfolgung im Heimat- oder Herkunftsstaat vorliegen. Das Gleiche gilt für Gesuche von Personen, welche die Behörden nachweislich über ihre Identität täuschen.
- Erweiterte Mitwirkungspflicht. Der Bundesbeschluss führt eine erweiterte Mitwirkungspflicht ein:

Asylsuchende, die von einem vollziehbaren Wegweisungsentscheid betroffen sind, müssen bei der Beschaffung von Reisepapieren mitwirken. Bei Verweigerung kann die Ausschaffungshaft angeordnet werden.

■ Vorbereitungshaft. Ausländerinnen und Ausländer, die trotz einer gegen sie bestehenden Einreiseperrre in die Schweiz einreisen, können zur Vorbereitung des Entscheides über ihre Aufenthaltserlaubnis in Vorbereitungshaft genommen werden.

All diese neuen Regelungen stehen nachgewiesenermassen in vollem Einklang mit den verfassungsmässigen Grundsätzen und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Sie sind insbesondere auch mit der Flüchtlingskonvention vereinbar und erfüllen ebenso die Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention.

## Was kostet das neue Gesetz?

Der gewichtigste Ausgabenposten im Asylwesen ist der Fürsorgebereich. Dieser hängt hauptsächlich von der Anzahl der Personen des Asylbereichs, deren Bedürftigkeitsgrad sowie von der Anzahl Neugesuche ab. Realitätsnahe Prognosen dieser Werte gestalten sich aus offensichtlichen Gründen immer wieder als äusserst schwierig.

Eine administrative Vereinfachung wird im neuen Asylgesetz erreicht, indem dieses vorsieht, die einzelnen Unterstützungsbeiträge pauschal abzugelten. Die Höhe der Pauschalen wird vom Bundesrat auf Verordnungsstufe bestimmt.

Nur mit der neuen Gesetzgebung kann die Schweiz im Rahmen auch ihrer finanziellen Möglichkeiten ihrer humanitären Tradition treu bleiben und zugleich Missbräuchen wirksamer entgegentreten. ■

FRÜHJAHRSTAGUNG  Gegen die Rollenfixierung

# Abschied vom idealen Frauenbild

**Ständerätin Erika Forster, St. Gallen, plädierte an der Frühjahrstagung der FDP-Frauen Schweiz dafür, Frauen endlich als Individuen wahrzunehmen.**

Wesentlich sei es, die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu ändern, damit Frauen nicht länger auf eine bestimmte Rolle (Familienfrau

und Mutter oder Berufs- und Karrierefrau) fixiert sein müssen. Erika Forster entwarf dazu die folgenden fünf Anforderungen:

■ Frauen sind als Individuen wahrzunehmen. Es gilt Abschied zu nehmen von Klischees über «richtige» und «nicht richtige» Frauen.

■ Die Emanzipation des Mannes aus den patriarchalischen Mustern ist ein entscheidender Beitrag für

eine neue partnerschaftliche Gesellschaft.

■ Frauen brauchen keine Förderung (mehr), sondern Respekt für ihre Persönlichkeiten und Lebensentwürfe sowie die unvoreingenommene Prüfung ihrer tatsächlich erworbenen Qualifikationen.

■ Schulische Tagesstrukturen, welche auch Frauen die Verbindung von Elternschaft und Beruf selbstverständlich erlauben, sind mit Unterstützung der FDP dringend zu realisieren.

■ Strukturelle Hindernisse im Steuer- und Vorsorge-recht sind zu beseitigen, damit Frauen ihre ökonomische Unabhängigkeit erlangen können. Stichworte dazu sind die Individualbesteuerung oder die Senkung des Koordinationsabzuges bei der zweiten Säule für teilzeitarbeitende Frauen. ■

## FDP-Frauen Schweiz auf Reformkurs

An ihrer Frühjahrspräsidentinnen-Konferenz in Zürich haben sich die FDP-Frauen Schweiz eingehend mit den zwei Themen Bildungspolitik und Aussen- und Sicherheitspolitik auseinandergesetzt. Im Rahmen des FDP-Strategie-Workshops «Vision 2007» haben die Präsidentinnen folgende Forderungen verabschiedet.

### Bildungspolitik

■ Ein einheitliches gesamtschweizerisches Grundschulsystem inklusive Vereinheitlichung der Lehrmittel.

■ Früherer Zugang der Schülerinnen und Schüler zum Fremdsprachenunterricht und zu den elektronischen Kommunikationsmitteln. Der Unterricht in den schweizerischen Landes-sprachen soll weiterhin seinen hohen Stellenwert beibehalten.

■ Eine kindergerechte Flexibilisierung des Unterrichts nach Begabung und Neigung der Schülerinnen und Schüler.

■ Beschränkung der Studienzeiten. ■

■ Das Tessiner Modell (Tagesschulen, Mittagstisch usw.) soll auf freiwilliger Basis im Sinne von «Angebot für alle» auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden, um den veränderten Familienstrukturen entgegenzukommen.

### Aussen- und Sicherheitspolitik

■ Abkehr von der Alleingangspolitik. Zu verfolgen ist eine Politik der kollektiven Sicherheit im internationalen Länderverband. Konkret: EU- und UNO-Beitritt.

■ Eine aktive Beteiligung an internationalen Friedensbemühungen.

■ Eine breit angelegte Diskussion über die schweizerische Neutralitätspolitik in Gang bringen.

■ Soweit möglich ist ein autonomer Nachvollzug der Schweiz zum Dubliner Erst-Asyl-Abkommen der EU zu prüfen.

■ Verkürzung der Rechtswege im Asylbereich.

■ Ganzheitliche überkantonale Vernetzung der Polizeistrukturen (Bupo). ■

■ Konsequenter Ahndung von Straftaten. ■



FDP-Ständerätin Erika Forster: «Abschied nehmen von «richtigen» und «nicht richtigen» Frauen.» (Bild E. Rieben)

## Swiss Women Leaders in Washington

Swiss Women Leaders nannte sich eine Delegation von 10 Politikerinnen, welche auf Einladung von Madeleine May Kunin, Botschafterin der USA in Bern, vom 25. April bis 2. Mai 1999 in Washington und an der Rutgers-Universität Gespräche führte.

Vier FDP-Frauen waren dabei: Nationalrätin Dorle Vallender (AR), Regierungsrätin Marianne Dürst (GL), Kantonsrätin Anita Fahrni (TG) und die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz Sibylle Burger-Bono (BE). Nach Gesprächen mit Studentinnen und Professorinnen am «Center for The American Women in Politics» an der Rutgers University in New Jersey war ein Informationsaustausch mit Mitgliedern des Kongresses und der Regierung

sowie der «National Organization of Women» (NOW) in der Hauptstadt vorgesehen. Themen wie Wahlkampfführung und -finanzierung wurden dabei besprochen.

Darüber hinaus hatte auch Herr Botschafter Alfred Defago die Politikerinnen empfangen.

*Sibylle Burger-Bono,  
Präsidentin  
der FDP-Frauen Schweiz*



«FREISINN»-WETTBEWERB  Die Antworten

# Das hat Steinegger erhalten...

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, welches Geschenk unser Parteipräsident von dieser Dame erhalten haben könnte. Hier die besten Antworten und die Gewinner.



**GUS.** Sehr viele Leserinnen und Leser haben sich am «Freisinn»-Wettbewerb in der Ausgabe 4/99 beteiligt. Die Hauptpreise, nämlich ein FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille, gehen an:

Frau Jeannette Bögli-Kohler in Langendorf für

«Eine Brille, damit unser Parteipräsident die Weitsicht nicht verliert.»

und an Herrn Jörg Meier in Balsthal für:

«Einen Barry-Vox, um für allfällige (Polit-)Lawi-  
nen gerüstet zu sein.»

Einen Spezialpreis, nämlich ein grosses Bier an der nächsten Delegiertenversammlung der FDP Schweiz, verleiht die «Freisinn»-Redaktion an

Herrn Ruedi Schläpfer in Rickenbach für:

«Bestimmt einen Photoapparat, in welchem sich ein Film befindet, auf dem bereits der Nachfolger von Ständerat Kurt Schüle abgelichtet ist.»

Dies könnte deshalb der Fall sein, weil die bisher unbekannte Dame Friedel Hongler aus dem Schaffhausischen sei, wie Ruedi Schläpfer der Redaktion freundlicherweise mitteilte.

Die «Freisinn»-Redaktion dankt auch allen weiteren Einsenderinnen und Einsendern fürs Mitmachen. ■

## Abonnieren Sie unseren newsletter auf [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

So werden Sie gleichzeitig wie die Medien informiert.

### TERMINE

<b>Mai</b>		9.	Fraktionsausflug
6.	Bundratsparteiengespräche	13.	Eidgenössische Abstimmung
7.	Von-Wattenwyl-Gespräch	21.	Presseverband
8.	FDP-Frauen-Delegiertenversammlung	26.	FDP-Frauentag
21.	Vorsessionale Fraktionssitzung	<b>Juli</b>	
31.-18. 6.	Sommersession	6.	Presseverband (Generalversammlung)
<b>Juni</b>		<b>August</b>	
3.	Geschäftsleitung (Fronleichnam)	20.	Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
		23.-27.	Sommeruniversität
		28.	Wahl-«Kick-off»

## Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Mit einem Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» erreichen Sie viele interessierte Leserinnen und Leser, denen Sie Ihre Angebote präsentieren und empfehlen können.

Erschliessen Sie sich diesen attraktiven Markt.

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.

Nehmen Sie bitte umgehend mit mir/uns Kontakt auf.

Name/Firma: \_\_\_\_\_

Zuständig: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

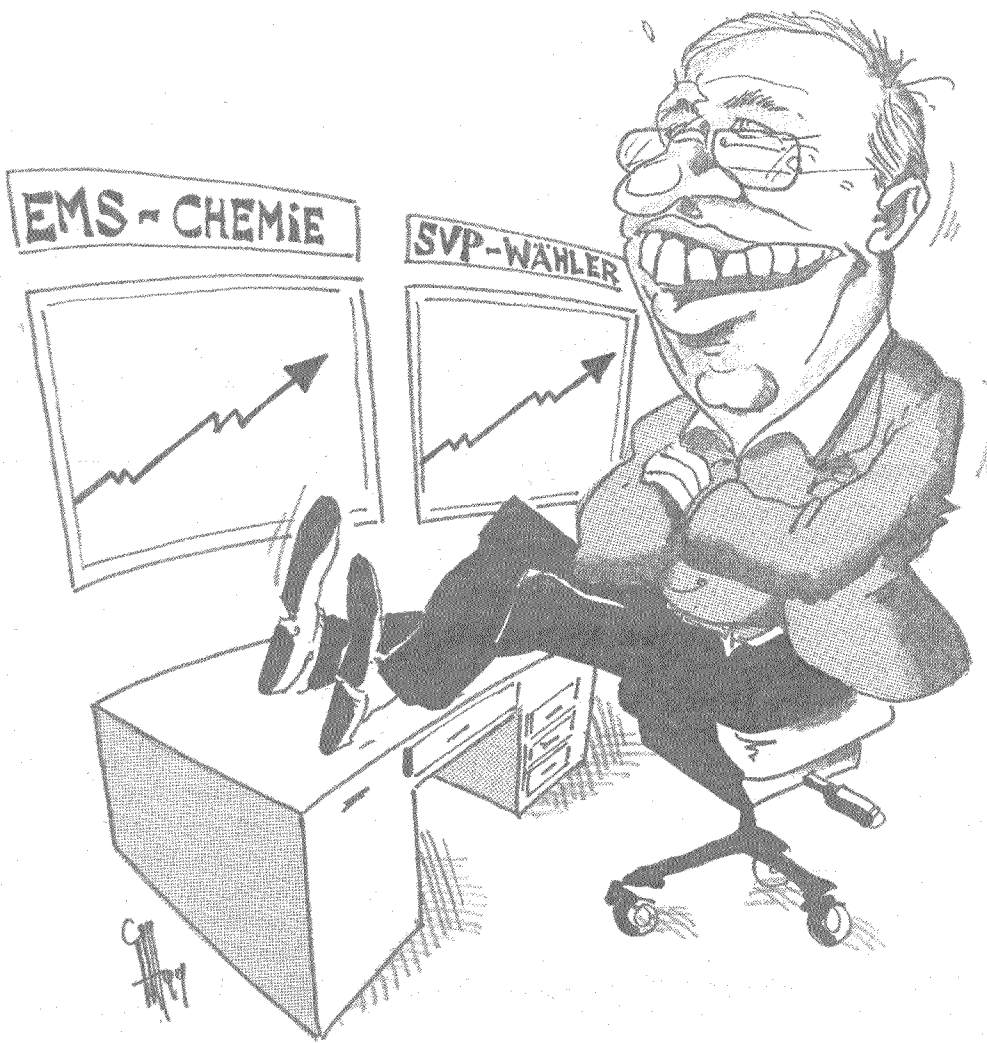
Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden/faxen an:  
KRETZ AG, Verlag und Annoncen  
Postfach, 8706 Feldmeilen

Telefon (01) 923 76 56, Fax: (01) 923 76 57  
E-Mail: [kretz\\_ag@bluewin.ch](mailto:kretz_ag@bluewin.ch)





WANN  
FOLGT  
DER CRASH?

Karikatur Andreas Töns

11. AHV-REVISION  Bundesrat

## Sonderzügelein

**EDI-Vorsteherin Bundespräsidentin Ruth Dreifuss gefährdet die einvernehmliche Zusammenarbeit im Bundesrat. Die Durchsetzung eigener ideologischer Positionen im Bundesrat findet ihre Grenze nun einmal an der Mehrheitsfindung im Gremium.**



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Die 11. AHV-Revision geht in die richtige Richtung, ist aber noch nicht das Gelbe vom Ei.»

(Bild ruti)

VON FDP-GENERAL-SEKRETÄR JOHANNES MATYASSY, MURI (BE)

Die 11. AHV-Revision, wie sie jetzt vom Bundesrat präsentiert wird, geht zwar in die richtige Richtung, ist aber noch nicht das Gelbe vom Ei. Noch immer werden neue Geschenke verteilt, wie wenn die Bevölkerung sich verjüngern und die Wirtschaft massiv wachsen würde. Das Materielle sei aber vorerst einmal beiseite gestellt: Die eidgenössischen Räte und auch das Volk werden darüber noch zu befinden haben.

Mehr zur Besorgnis Anlass gibt das Verhalten von SP-Bundespräsidentin Ruth Dreifuss:

1. Sie distanziert sich öffentlich und ungeniert von einem Kollegialbeschluss, hofft auf eine sogenannte «Verbesserung» der Vorschläge und bejaht – obwohl die Fakten eine ganz andere Sprache sprechen – eine Frage, ob die Frauen die Verliererinnen dieser Revision seien.

2. Die Präsentation wird bewusst in die Bundesratsferien verlegt, damit der Ärger der Kollegen über das unkollegiale Verhalten bis nächste Woche wieder etwas verrauchen kann.

3. Es wird bewusst eine verdrehte Optik gewählt: Statt von der Erfordernissen der Zukunft und der Gleichstellung der Geschlechter auszugehen, werden überbrachte Privilegien und persönliche Wunschvorstellungen als Massstab genommen: In einer solchen Optik muss jeder vernünftige Bundesratsentscheid eine Enttäuschung sein.

4. Die Frauen werden – zwei Monate vor dem voraussichtlichen Termin der Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung – zu Opfern einer böswilligen männlichen Bundesratsmehrheit gestempelt. Interessanterweise lassen sich viele unkritisch in diese Kampagne einspannen.

### Sonderzügelein gefährdet bundesrätliche Erfolge

Nach einer fast beispiellosen Erfolgsgeschichte des schweizerischen Bundesrates – 1998/99 hat er gemeinsam mit der FDP bisher alle Abstimmungen zu seinen Gunsten entschieden – gefährden solche Sonderzügelein die Zusammenarbeit im Regierungskollegium sowie der Regierungsparteien aufs schwerste. Man stelle sich

einmal vor, Bundesrat Kaspar Villiger hätte beim Stabilisierungsprogramm die rein freisinnige Position durchblicken lassen und gleichzeitig gesagt, ja, eigentlich sei der Mittelstand das Opfer der gesamtbundesrätlichen Politik. Welcher Aufschrei wäre durchs Land gegangen! Solcherlei Ausschereien aus dem Kollegium läuft dem wiedergefunden geglaubten Teamgeist und der Einheit einer Regierung zuwider, die besser zu funktionieren schien als auch schon. Wenn das vermeintliche Schaffen von Transparenz in dieser Art und Weise Schule macht, werden wir bald von sieben Departementsvorstehern in je einem Dossier und nicht mehr von einem vertrauens-

würdigen Kollegium regiert.

### Wo bleiben die IDAFiSo-Konsequenzen?

Nach wie vor unbeantwortet bleibt die Frage nach dem Ziehen der Konsequenzen aus den Berichten der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen (IDAFiSo). Diese Berichte haben die dramatisch demographische Situation der Sozialwerke im Ansatz aufgezeigt. Dass selbst die zweite IDAFiSo-Studie noch als schönfärbisch gelten muss, hat kürzlich die Eidgenössische Kommission für Konjunkturfragen nachgewiesen. Die Vorstellungen aus dem EDI scheinen aber noch nicht einmal die Lehren aus den Berichten zu berücksichtigen. Unbeschwert frönt man weiterhin einem Szenario Status quo plus. Bisher hat sich der Bundesrat nicht einmal zu einem klaren Bekenntnis zu einem Szenario

durchbringen können. So wird an jedem Sozialwerk wieder einzeln gewerkelt und leicht ausgebaut beziehungsweise nichts eingespart. Nichts einsparen heisst aber – wegen der Überalterung – massiv Mehreinnahmen notwendig machen. Mehreinnahmen heisst mehr Steuern und Abgaben. Die Schweizer Fiskalquote ist aber im Vergleich zu wirtschaftlichen Konkurrenten bereits in den letzten Jahren massiv überdurchschnittlich angestiegen. Sinkende Investitionslust, sinkender Konsum und weniger Arbeitsplätze wären die Folge.

Wo liegt nun das Problem im EDI? Ist es mangelnde Teamfähigkeit, fehlende Einsicht oder schlicht linke Ideologie? Jedenfalls ist es Unvermögen, die politischen Prioritäten richtig und überzeugend zu setzen und eine gemeinsame Regierungspolitik zu vertreten. ■

## FDP gegen Lastenumverteilung

Die FDP begrüsst die bundesrätlichen Entscheide zur 11. AHV-Revision grundsätzlich als Schritte in Richtung Vernunft. Für die FDP hat die Sicherung einer gesunden Altersvorsorge Priorität vor einem erneuten Leistungsausbau. Der Generationenvertrag darf nicht zum Generationenbetrug werden, indem heute Renten konsumiert werden, deren Lasten nachfolgende Generationen zu tragen haben werden. Die FDP hat vom Bundesrat in parlamentarischen Vorstössen

■ eine klare und verbindliche Aussage zu den Entwicklungsszenarien aller Sozialwerke und damit eine Änderung der Marschrichtung weg vom Status quo plus sowie

■ eine Gesamtschau über alle Steuer- und Abgabenprojekte verlangt.

Die 11. AHV-Revision, die auch in ihrer jetzigen Form zusätzliche Ausgaben verspricht und damit neue Einnahmen erfordert, ist bis zur Erfüllung dieser Forderungen zurückzustellen.

Die FDP verlangt insbesondere zwei Verbesserungen der Vorlage:

1. Die Mehreinnahmen zur Deckung des demographischen Mehrbedarfs dürfen nicht zu einer ungebremsten Steuererhöhung führen. Die Fiskalquote ist in der Schweiz in den letzten Jahren im Vergleich zu wirtschaftlichen Konkurrenzstandorten bedrohlich stark gestiegen. Die Gefahr der Fortsetzung

dieser Entwicklung ist mit einer Kombination von Zusatzeinnahmen und sinnvollen Leistungskorrekturen zu begegnen.

2. Die FDP steht für die Flexibilisierung des Rentenalters für Mann und Frau auf gleicher Basis ein. Die auf Grund der Angleichung des Rentenalters erzielte finanzielle Verbesserung darf nicht für neue Geschenke beim Rentenverbezug verwendet werden. Vielmehr sind auch diese Mittel für die Deckung der Demographiefolgen einzusetzen.

Die FDP legt zudem grossen Wert darauf, dass die vom Parlament im Rahmen der Behandlung des Stabilisierungsprogramms überwiesenen Vorstösse zur AHV (Rentenanpassung und Teuerungsindex) in der 11. AHV-Revision definitiv Eingang finden.